Nr. 36. — 10. Jahrgang.

Sächsischer

Landes-Anzeiger.

Donnerstag, 13. Februar 1890.

Die an jedem Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Versendung gelangende unparteiische Zeitung „Sächsischer Landes-Anzeiger“ mit täglich einem Extra-Beiblatt:
1. Kleine Botschaft
2. Sächsischer Erzähler
3. Sächsische Gerichtszeitung
4. Sächsisches Allerlei
5. Illustr. Unterhaltungsblatt
6. Sonntagsblatt
7. Lustiges Bilderbuch
kostet bei den Ausgabestellen monatlich 20 Pfg., bei den Post-Anstalten 75 Pfg.

Verbreitetstes unparteiisches tägliches Lokalblatt.

Die Hauptblätter des „Sächs. Landes-Anzeigers“ erscheinen (ohne dessen Extra-Beiblätter) auch in einer billigeren Sonder-Ausgabe als:
„Chemnitzer General-Anzeiger“
für Chemnitz monatlich 40 Pfg. frei ins Haus; außerhalb Chemnitz monatlich 50 Pfg. mit Zutragen. Postzeitungspreisliste für 1890: Nr. 1307.

Der Sächs. Landes-Anzeiger ist eingetragen i. d. 1890er Post-Ztgs.-Preisliste: Nr. 5276.

Für Abonnenten erscheint jetzt einmal im Jahr: Illustr. Kalender des Sächsischen Landboten. Illustr. Weihnachtsbuch (Jahresbuch).

Verlags-Anstalt:
Alexander Wiede
Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Fernsprech-Anschluß Nr. 136.
Telegr.-Adr.: Landes-Anzeiger. Chemnitz.

Anzeigenpreis: Raum einer schmalen Corpuszeile 15 Pfg. — Bevorzugte Stelle (1spaltige Petitzeile) 30 Pfg. — Bei Wiederholung großer Anzeigen Preisermäßigung. — Bei Bestellungen von Auswärts wolle man den Einrückungsbetrag (in Briefmarken) beifügen (je 8 Silben Corpusschrift bilden ca. 1 Zeile.) — Anzeigen können nur bis Vormittag angenommen werden, da Druck und Verbreitung der großen Auflage längere Zeit erfordern. — Die Anzeigen finden ohne Preisaufschlag gleichzeitig Verbreitung durch den „Chemnitzer General-Anzeiger“ (billigere Sonder-Ausgabe der Hauptblätter des „Sächsischen Landes-Anzeigers“ ohne dessen tägliche Extra-Beiblätter.

Amtliche Anzeigen.

Wittgensdorf.

Aufforderung zur Bewerbung um die hiesige Schulhausmannsstelle.

Ende März dfs. Js. gelangt die hiesige **Schulhausmannsstelle** zur Erledigung.

Gehalt 500 Mark, außerdem freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung.

Bewerber werden aufgefordert, ihre Bewerbungsschreiben unter Beifügung von Zeugnissen

bis Ende Februar dfs. Js.

dem unterzeichneten Schulvorstand zu überreichen.

Wittgensdorf, den 9. Februar 1890.

Der Schulvorstand.
P. J. Heinstus, Vors.

Hartmannsdorf.

In Nachgehung der Bestimmung in Abs. 3 § 7 des Reglements zur Ausführung des Reichswahlgesetzes ist die Gemeinde Hartmannsdorf zum Zwecke des Stimmabgebens bei den Reichstagswahlen in zwei Wahlbezirke getheilt und zwar dergestalt, daß

der I. Wahlbezirk die Brandkataster-Nummern 1 bis mit 58, sowie von 225 bis mit 301,
der II. Wahlbezirk dagegen die Brandkat.-Nr. 59 bis 224 B, sowie 301 B bis mit 513 umfaßt, sonach die Leipziger Straße die Grenze zwischen beiden Wahlbezirken bildet.

Die Reichstagswahl hat am 20. Februar d. J. stattzufinden und hat die Abgabe der Stimmzettel in der Zeit von

Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr

seitens der Wähler des I. Bezirks in der

Krößner'schen Schankwirthschaft

seitens der Wähler des II. Bezirks in der

Saupe'schen Schankwirthschaft

zu erfolgen.

Als Wahlvorsteher fungiren im I. Bezirk der unterzeichnete Gemeindevorstand und als Stellvertreter Herr Gem.-Aeltester Kirchhof, im II. Bezirk Herr Gem.-Aeltester Döring und als Stellvertreter Herr Carl Meyer.

Hartmannsdorf, den 9. Februar 1890.

Der Gemeindevorstand.
Hißer.

Drahtnachrichten unseres Anzeigers.

Vom 12. Februar.

Berlin. Unter dem Vorsitz des Kaisers wird der Staatsrath in dieser Woche zusammentreten. Demselben wird eine Vorlage im Sinne des kaiserlichen Erlasses zugehen.

Bukarest. Die bulgarische Regierung ist von hier aus auf die Verschwörung aufmerksam gemacht worden. Die rumänische Regierung beabsichtigt das Fremdenausweisungs-Gesetz mit aller Strenge durchzuführen.

London. Harcourt brachte noch vor der Adreßdebatte im Unterhaus einen mündlichen Antrag ein, bezüglich des Brauch's der Parlaments-Privilegien seitens der Times durch Veröffentlichung des gefälschten Parnellbriefes.

Paris. Der Urheber des Rüböl-Schwindels, Dumont, ist verhaftet worden.

Zur Lage.

□ Chemnitz, den 12. Februar.

Die letzte Woche vor der Reichstagswahl ist gekommen; in wenigen Tagen werden nunmehr die deutschen Wähler an die Wahlurne treten müssen, um den Männern ihre Stimme zu geben, welche sie ihres Vertrauens für würdig erachten. Die Wahlbewegung hat am Schlusse ein anderes Gesicht erhalten, als sie zum Beginn trug. Damals schien eine heftige und energische Agitation losbrechen, ihren Widerhall auch bei den Wählern finden zu sollen. Aber seitdem in der vorigen Woche die Erlasse unseres Kaisers wie Blitzfunken Europa durcheilt haben, ist eine auffällige Ruhe, eine Ruhe, welche das Zeichen tiefer Sammlung und reiflichen Ueberlegens ist, eingetreten. Alle Welt, ob Hoch oder Niedrig, sprach und spricht nur von diesen Erlassen. Warum haben gerade sie solchen einmüthigen, unbegrenzten Beifall gefunden? Die große Idee allein ist's nicht, welche die Herzen des Volkes gefangen nahm, es war auch die Sprache, welche unser junger Kaiser in diesen Schriftstücken führte; das war die Sprache des Volkes; diese klaren, einfachen Worte verstand und erfaßte Jeder, er las sie wieder und wieder, und er begann ernstlich nachzudenken. Gerade weil in den Schriftstücken von den bevorstehenden Wahlen mit keinem Worte die Rede war, übten sie einen so nachhaltigen Eindruck auf die Wähler, und wohl die große Mehrzahl Derer, welche bisher noch schwankte, ob sie überhaupt sich an den Wahlen betheiligen sollte, dürfte eingesehen haben, daß es doch unendlich klein ist, sich zurückzuhalten, wo unser Kaiser vor alle Welt klar und offen hintritt. Was der Kaiser lösen will, ist eine Frage des ganzen Volkes, und nur mit dessen Hilfe kann die Lösung erfolgen.

Es werden andere Zeiten kommen, wo mancher Streit, der heute tobt, beendet sein wird. Zeitverhältnisse sind mächtiger als Menschen, und wie die Lösung der socialen Schwierigkeiten nun in Angriff genommen werden soll, so kann auch Anderes plötzlich ein neues Aussehen gewinnen. Wir haben eine Zeit der Krisis in Deutschland zu bestehen gehabt; nach ihr muß Niedergang oder Aufstieg folgen. Wir glauben aber doch wohl, daß Deutschland Männer genug zählt, welche bereit sind, unverdrossen für das Rechte zu wirken, dem hellen, klaren Wahrheitsgedanken zum Siege zu verhelfen. Mit Worten werden keine Völker groß gemacht, sondern durch Thaten. Das hat der deutsche Reichskanzler 1870/71 bewiesen, das zeigt heute Kaiser Wilhelm II. „Rasten wir, so rosten wir!“ das ist selbstverständlich; wir müssen vorwärts, wenn wir nicht zurückkommen sollen. Werden wir beständig vorwärtskommen? Gewiß werden wir das, wenn Treue zu Kaiser und Reich beim deutschen Bürgerthum nicht versiegen, wenn dies immer eingedenk ist, daß seine Kraft und Stärke auch die des deutschen Vaterlandes bedeutet. Es geht nichts ohne das Volk, es kann nichts ohne das Volk geschaffen werden! Darin beruht das hohe Recht des Volkes, daraus erwachsen aber auch seine Pflichten. Der Wunsch und der Wille der Bevölkerung muß klar und offen zum Ausdruck gelangen, und wir können überzeugt sein, er wird überall Beachtung finden. Rechte des Volkes erfordern Pflichten, und eine der ersten unter ihnen ist die Wahlpflicht. Wer es treu mit dem Vaterlande meint, der diene, nütze und helfe auch dem Vaterlande durch seine rechte Wahl.

Deutschland ist stark, es braucht heute keinen Feind zu fürchten, aber die klirrende Waffenrüstung ist nicht unser höchster Stolz, unser Glück. Wohin wir wollen und wohin wir streben, das kann nur ein zufriedenes, gerecht geleitetes, friedlicher, gesegneter Arbeit sich freuendes deutsches Volk sein. Jene patriarchalischen Zeiten völliger Ruhe werden nie wiederkehren, anders pulsirt heute das Leben, immer neue Aufgaben stellt die neue Zeit! Aber jene Ruhe kann uns wiederkommen, die auf dem festen Bewußtsein und der Ueberzeugung fußt, daß Deutschland den rechten Weg geht. Das Deutsche Reich ist jung an Jahren, für manche wichtigen Fragen fehlt uns der beste Lehrmeister, die genügende Erfahrung; um so eifriger müssen also alle Bürger auf dem Posten sein und bei der Wahl zeigen, was und wie sie von der heutigen Lage des Vaterlandes denken. Ideale Zustände werden wir auf Erden nie haben, aber die Eintracht eines großen, nach Millionen zählenden Volkes, ein weitsehender Kaiser, eine kräftige Reichsregierung und ein starker Reichstag können viel schaffen. Daß geschieht, was wir Alle wünschen, das hoffen wir. Schwere Arbeit steht uns bevor, aber in der Ueberwindung der Schwierigkeiten stählt sich nicht bloß der Mann, sondern erst recht auch der Staat. Wir haben darum keinen Anlaß, mit Besorgniß in die Zukunft zu blicken, das deutsche Volk lenkt seine Geschicke selbst, und daß es seine Zeit versteht, sie begriffen und ihre Forderungen in sich aufgenommen hat, das wird es beweisen am 20. Februar!

Politische Rundschau.

Chemnitz, 12. Februar.

Deutsches Reich. Der Kaiser kam, von einem Adjutanten begleitet, letzthin in einem offenen Zweispänner vom Brandenburger Thor daher. Aus einem Neubau unter den Linden war kurz zuvor, bevor der kaiserliche Wagen ankam, ein Haufen Arbeiter herausgetreten. Als dieselben das Herannahen des Kaisers bemerkten, stürzten sie auf den Straßendamm, drängten sich dicht an den Wagen heran, schwenkten die Mützen und Tücher und „Hoch der Arbeiterkaiser!“ schallte es dem Herrscher entgegen. Der Kaiser nickte zum Danke den Arbeitern freundlich zu und winkte ihnen mit der Hand.

— Zu den socialpolitischen Erlassen ergreift jetzt auch die „N. A. Z.“ das Wort, freilich nur zur Klarstellung eines minder wichtigen Punktes. Dieselbe schreibt: „Verschiedene Blätter legen der Thatsache eine besondere Bedeutung bei, daß die Allerhöchste Ordre vom 4. d. M. den Reichskanzler nur anweist, in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz amtlich anzufragen, ob die Regierungen dieser Länder geneigt seien, mit Deutschland in Unterhandlungen behufs einer internationalen Verständigung über die Arbeiterfrage zu treten. Eine solche Auslegung der Kaiserlichen Ordre entbehrt jeder Begründung. Die Arbeiterfrage ist bei uns aus Anlaß der Streiks in den Kohlenbergwerken in Fluß gekommen. Es ist daher natürlich, daß Deutschland sich mit seiner Einladung zunächst an diejenigen Länder gewandt hat, in welchen in letzter Zeit ähnliche Bewegungen wie bei uns stattgefunden haben, und dies sind England, Frankreich und Belgien; daß auch die Schweiz in der Allerhöchsten Ordre genannt wird, ist für alle Die, welche mit den Verhältnissen vertraut sind, leicht erklärlich. Die Schweiz hat sich schon seit geraumer Zeit mit der Frage einer internationalen Regelung der Arbeiterverhältnisse beschäftigt. Außerdem aber nehmen die genannten vier Länder eine Stellung in der Welt-Industrie ein, daß ihre Theilnahme an dem Congreß eine Voraussetzung für das Gelingen desselben bildet. Thatsache ist, daß auch bei den Regierungen der übrigen Länder, in denen die Arbeiterfrage eine Rolle spielt, wie Italien, Dänemark, Schweden u. s. w. vorbereitende Sondirungen stattfinden.“

— Ueber die Vorarbeiten zu der Arbeitergesetzgebung, welche jetzt das preußische Staatsministerium beschäftigen, verlautet, daß zunächst kein feststehender Gesetzentwurf ausgearbeitet werden wird. Dem unter dem Vorsitze des Kaisers zusammentretenden preußischen Staatsrathe wird nur eine Reihe principieller Fragen zur Beantwortung vorgelegt werden. Die Bergleute wünschen, daß ein Vertreter von ihnen im Staatsrathe gehört werde. Diesem Wunsche wird vielleicht in geeigneter Form entsprochen. — Ueber die Einberufung des neu zu wählenden Reichstages steht noch nichts fest. Man hat sich in Berlin auch wohl kaum schon mit dieser Frage beschäftigt.

— Der Reichstagscandidatenstreit im Wahlkreise Siegen, dem des Hofpredigers Stöcker, ist immer noch nicht vorbei. Das „Frankf. Journal“ erhält aus Siegen folgende Mittheilung: „Dr. Fabri ist infolge von Intriguen von der Candidatur zurückgetreten. Die nationalliberale Partei stellte nunmehr als Gegner des Herrn Stöcker den Commerzienrath Otto Oechelhäuser in Berlin, einen geborenen Siegener, auf, welcher die Candidatur bereits angenommen hat.“ — In Berlin ist der frühere Stadtverordneten-Vorsteher der Reichshauptstadt, Ehrenbürger Kochhann, ein weit und breit beliebter Mann, gestorben.

— Nun hat sich auch das preußische Abgeordnetenhaus, nachdem es am Montag noch einige kleine Gesetzentwürfe erledigt hat, vertagt, um der Agitation für die Reichstagswahlen freies Feld zu lassen. Von den Wahlen trennt uns nur noch eine Woche, und in derselben wird gewiß von den verschiedenen Parteien Alles aufgeboten werden, die Wähler auf die Bedeutung des 20. Februar hinzuweisen. Im Ganzen war die Wahlbewegung indessen wohl eine viel ruhigere, als im Anfange erwartet wurde. Zur Fernhaltung erbitterter Streitigkeiten haben auch die socialpolitischen Erlasse des Kaisers beigetragen, die so tiefen Eindruck auf die breiten Volksmassen gemacht haben. Gerade diese Erlasse werden hoffentlich aber eine rege Wahlbetheiligung herbeiführen.

— Die Sperrgelder (einbehaltene Gehälter katholischer Geistlichen in Preußen während des Culturkampfes) haben nach einer dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangenen Uebersicht bereits die Summe von 1½ Millionen Mark erreicht.

— Zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind seit 1887 keine Handelsvertrags-Verhandlungen mehr gepflogen, sondern der bestehende Vertrag ist stets einfach um ein Jahr verlängert worden. Wie jetzt bekannt wird, fordert man in Wien als Grundlage für einen neuen Vertrag die Ermäßigung der deutschen Getreidezölle, wogegen auch der österreichische Zolltarif ermäßigt werden soll. Da die deutsche Reichsregierung eine Herabsetzung der Getreidezölle vorläufig als unthunlich erachtete, sind keine weiteren Verhandlungen gepflogen.

Oesterreich-Ungarn. Dem österreichischen Abgeordnetenhause wird ein Gesetz über die Reform der directen Steuern unterbreitet. In der Hauptsache wird eine mäßige progressive Einkommensteuer eingeführt.

Frankreich. Die Vertheidiger des jungen Herzogs von Orleans haben herausspintisirt, daß das neue Militärgesetz von 1889 allen Franzosen das Recht giebt, sich von ihrer Eintragung in die Heereslisten zu überzeugen und persönlich dem Hergange der Rekrutirung beizuwohnen. Da das Militärgesetz nun jünger sei, als das Prinzen-Ausweisungsgesetz und außerdem alle entgegenstehenden Bestimmungen aufhebe, so werde, behaupten sie, das Ausweisungsgesetz dadurch hinfällig, und der Herzog sei durchaus berechtigt, sich in Paris persönlich zur Rekrutirung zu stellen. Diese Theorie soll in der Proceßverhandlung vorgetragen werden. Die Rabulisterei macht im republikanischen Lager einen höchst unvortheilhaften Eindruck. Wenn schon die herausfordernde Sprache der monarchistischen Blätter verstimmt, die sich theilweise gebärden, als ob der Herzog einen wohlgelungenen Staatsstreich ausgeführt habe, so würde juristische Spitzfindigkeit und der Versuch, die Angelegenheit politisch auszubeuten, einen raschen Umschwung in der nachsichtigen Stimmung herbeiführen, und der Prinz könnte einige Monate im Gefängnisse sitzen. Ein unkluger Streich war es auch von den Monarchisten, in der Kammer die Aufhebung des Prinzenausweisungsgesetzes zu beantragen. Der Antrag ist natürlich verworfen. — Verschiedene deutschfeindliche Blättern fordern jetzt die Regierung in bestimmtem Tone auf, die deutsche Einladung zu einer socialpolitischen Conferenz mit der Motivirung abzulehnen, daß Frankreich bereits die Einladung zu der Arbeiterconferenz in Bern angenommen habe. Ob aber das französische Cabinet dieser Aufforderung entspricht, ist sehr zweifelhaft. Man wünscht, eine Verstimmung mit Berlin zu verhüten.

Rußland. Die Petersburger Regierungspresse bestreitet ganz entschieden, daß Rußland oder dessen Vertreter im Auslande mit der Verschwörung des Major's Panitza etwas zu thun hätten. Die Bulgaren hätten sich freiwillig gegen die tyrannische Regierung in Sofia erhoben, deren Tage offenbar gezählt seien. Die letztere Prophezeiung ist schon oft gethan, bloß nie in Erfüllung gegangen.

England. Das englische Parlament ist am Dienstag eröffnet worden. Die Thronrede constatirt die recht guten Beziehungen Großbritanniens zu allen Mächten und bezeichnet die heutige europäische Lage als durchaus befriedigend. Es wird die Zuversicht ausgesprochen, daß die Colonialzwistigkeiten mit Portugal zu einem friedlichen Abschlusse gelangen werden, da auf beiden Seiten der gute Wille zur Einigung vorhanden sei. In Ostafrika sind mit Hilfe Deutschlands bessere Verhältnisse geschaffen. Die englischen Industrieverhältnisse haben durch die Arbeiterstreiks eine Benachtheiligung erfahren, die Regierung wird also diesen Verhältnissen ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Finanzlage ist befriedigend und gestattet der Regierung, dem Parlamente eine Anzahl Erleichterungen vorzuschlagen. Reformgesetze für Irland und Schottland werden angekündigt. Befriedigt spricht sich die Thronrede auch über den Abschluß des Samoavertrages aus.

Spanien. Dem Herzoge von Sevilla, der vor einigen Jahren wegen seines flegelhaften Auftretens gegen die Königin-Regentin des Landes verwiesen war, ist die Rückkehr gestattet worden, nachdem der Herzog während der Krankheit des jungen Königs die Königin-Mutter in einem Briefe um Verzeihung gebeten hat. — Als Ersatz für die im vorigen Jahre abgeschafften Ehrengrade in der spanischen Armee ist ein neuer Militär-Orden, der Maria-Christinen-Orden, eingeführt worden. Der Orden hat drei Classen und wird nur Militärpersonen verliehen. Seine Inhaber erhalten eine bestimmte Pension.

Portugal. In einzelnen portugiesischen Städten ist die Abneigung gegen die Engländer so weit gestiegen, daß diese in den Restaurants nicht einmal zu essen und trinken bekommen können. Die Portugiesen haben erklärt, kein Local mehr besuchen zu wollen, in dem Engländer verkehren. — Der Major Serpa Pinto, dessen Rückberufung aus dem Nyassagebiet die englische Regierung gefordert hatte, ist in Delagoa an der Küste angekommen.

Orient. Die griechische Deputirtenkammer, deren Wiederzusammentritt auf den 30. Januar anberaumt war, hat ihre Arbeiten erst jetzt von Neuem aufgenommen. Der Abg. Tsimundros fragte, ob es begründet sei, daß Officiere der in Larissa stehenden griechischen Truppen den Gehorsam verweigert und dem König Georg eine Denkschrift überreicht hätten, worin sie für die Armee Unabhängigkeit von jedwedem politischen Einfluß verlangten. Der Ministerpräsident Trikupis stellte die behauptete Thatsache entschieden in Abrede und bemerkte, die Opposition habe den Zwischenfall ungebührlich aufgebauscht. Der Oppositionsführer Delyannis antwortete grob, die Regierung wolle seine Partei nur verdächtigen. Wenn der Ministerpräsident gegen einzelne Abgeordnete etwas habe, so möge er sie vor Gericht fordern. Der Redner verlangte bestimmt zu wissen, ob die Officiere sich einer Insubordination schuldig gemacht haben oder nicht. Der Ministerpräsident wiederholte seine frühere Erklärung mit dem Hinzufügen, die Untersuchung sei eingeleitet. Nähere Details könne er nicht geben. — Ministerpräsident Stambulow in Sofia hat einige Mittheilungen über die Verschwörung des Majors Panitza gemacht. Darnach war

SLUB
Wir führen Wissen.